

Aschermittwoch schon vor der Fasnacht

Kanton Luzern: Januar-Session des Kantonsrats

Die umstrittene Gebühr von 1,50 Franken für Papierrechnungen wird nicht aufgehoben. Der Kantonsrat lehnte eine entsprechende Forderung der CVP ab.

Stefan Calivers

Die Luzerner Regierung erntete viel Kritik für ihren Entscheid, Papierrechnungen vom Strassenverkehrsamt neu mit einem Zuschlag von 1,50 Franken zu belegen. Damit sollen Kosten gespart werden. Bemängelt wurde insbesondere die kurze Frist. Motorfahrzeughalter hatten zehn Tage Zeit – davon einige Feiertage – um eine kostenlose elektronische Rechnung zu verlangen. Die Massnahme sei ein «unausgereifter Schnellschuss» und werde als Strafe wahrgenommen. Sie gehöre rückgängig gemacht, forderte Ludwig Peyer (CVP, Willisau) in einem dringlich erklärten Postulat. Er bemängelte neben der schlechten Kommunikation auch die Einführung «einer Unsitte aus der Privatwirtschaft», für alle Dienstleistungen Gebühren zu erheben. Wenn schon, müsse eine solche Massnahme einheitlich gehandhabt werden und nicht im Einzelfall.

«Asche auf mein Haupt»

Einigkeit herrschte bei allen Fraktionen in einem Punkt: Die Kommunikation des regierungsrätlichen Entscheids war «lausig schlecht», wie es Hans Sutz (Grüne, Luzern) ausdrückte. Regierungsrat Paul Winiker streute deshalb schon zwei Wochen vor dem

Aschermittwoch «Asche auf mein Haupt». Er entschuldigte sich bei allen Kundinnen und Kunden des Strassenverkehrsamtes für die missglückte Kommunikation.

In der Sache hielt die Regierung aber an ihrem Beschluss fest. Es handle sich um einen Pilotversuch, der von den politischen Gremien mehrfach abgesegnet worden sei. Die Gebühr von 1,50 Franken sei vertretbar: Eine Papierrechnung koste 1,90 Franken, eine E-Rechnung nur 35 Rappen. Es handle sich, so Winiker, um eine Lenkungsgebühr. Damit sollen Arbeitszeiten bei der Administration eingespart werden.

Kritik und Selbstkritik

Die CVP musste für ihren Vorstoss viel Kritik einstecken. Die Erhebung von unsozialen Gebühren statt Steuern sei die Folge der aktuellen Finanzpolitik, sagte Hans Sutz (Grüne, Luzern). Der Vorstoss sei «nicht ganz ehrlich», so Armin Hartmann (SVP, Schlierbach). Das Parlament könne am Regierungsbeschluss gar nichts ändern. Und Michèle Graber (GLP, Udligenswil) ortete das CVP-Postulat im Bereich des «verzweifelten Aufplusterns oder des Wahlkampfs».

Mehrere Votanten übten auch Selbstkritik: «Wir haben es gewünscht, aber die Debatte nicht geführt», sagte Armin Hartmann (SVP, Schlierbach). Auch Othmar Amrein (FDP, Eschenbach) räumte ein, dass der Kantonsrat verschiedentlich über die geplante Gebührenerhebung informiert worden sei und diesem Schritt im Rahmen des Budgets zugestimmt hatte.

Mit 67:48 Stimmen lehnte die Ratsmehrheit das Postulat Peyer denn auch ab.

Ja zur Einsicht in Arbeitslosenliste

Kantonsrat Der Datenschutzbeauftragte hält in seinem Jahresbericht fest, dass es nicht zulässig sei, die Arbeitslosenliste den Gemeinderäten aufzulegen. Dagegen wehrte sich Helen Schurtenberger (FDP, Menznau) mit einem Postulat. Für die Sozialämter sei es wichtig, diese Liste zu erhalten. So könnten sie abschätzen, wer Hilfe brauche. Es gelte darum zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen der Datenaustausch auch in Zukunft ermöglicht werden könne.

SP und Grüne lehnten das Postulat aus Datenschutzgründen ab. Christina Reusser (Grüne, Ebikon) sprach am Dienstag im Kantonsrat von einer groben Verletzung der Persönlichkeitsrechte. Auch sei es nicht opportun, dass sich die Gemeinderäte in der Stellenvermittlung engagierten. Dafür seien die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren zuständig. Weiter wurden Befürchtungen geäußert, Gemeinderatsmitglieder könnten mit den sensiblen Daten «hausieren» gehen.

Bei der Weitergabe der Arbeitslosenliste gehe es nicht darum, «eine allfällige Neugier der Sozialämter zu stillen», konterte Helen Schurtenberger. Vielmehr wolle man in einzelnen Fällen Unterstützung anbieten, welche sonst nicht zustande käme. Die Sozialämter stünden oft in regem Austausch mit dem Gewerbe über offene Stellen und könnten Vernetzungen herstellen. Dies geschehe nur im Einverständnis mit den betroffenen Personen und unter Wahrung des Datenschutzes.

Wie die bürgerlichen Fraktionen beantragte auch die Regierung, das Postulat erheblich zu erklären. Für Sozialdirektor Guido Graf ist wichtig, dass möglichst wenig Arbeitslose ausgesteuert werden müssen. Mit der Unterstützung von CVP, SVP, FDP und GLP wurde das Postulat schliesslich mit 85:16 Stimmen überwiesen. [cal]

Luzerner Strategie für Breitband gefordert

Kanton Luzern: Vorstoss im Kantonsrat eingereicht

Eine überparteiliche und breit abgestützte Gruppe von Kantonsräten um Guido Roos (CVP, Wolhusen) verlangt «Breitband für alle». So soll der Regierungsrat eine Breitbandstrategie erarbeiten, die überall im Kanton Luzern eine Leistung von mindestens 10 Mbit/s garantiert.

Zu den Erstunterzeichnern des Postulats gehören neben Roos die Kantonsräte Guido Bucher (FDP, Flühl), Willi Knecht (SVP, Geiss) und Jörg Meyer (SP, Adligenswil). Insgesamt haben 64 Kantonsratsmitglieder den Vorstoss unterzeichnet.

Breitband statt digitaler Graben

«Von Breitband profitiert nicht nur die Bevölkerung, schnelleres Internet ermöglicht auch eine innovative und dezentrale wirtschaftliche Entwicklung», sagt Kantonsrat Guido Roos und betont: «Gemäss Kantonsstrategie soll Luzern ein Innovationsmotor sein – dafür braucht es auch Breitband für alle!» Die Digitalisierung werde das Leben in vie-

len Bereichen stark verändern. Es gebe aber keine digitale Zukunft ohne die entsprechenden Breitband- und Mobilfunknetze. Sie eröffne für eine innovative, dezentrale wirtschaftliche Entwicklung des Kantons grosse Chancen.

Gemäss Roos gibt es im Kanton Luzern einen digitalen Graben zwischen Stadt und Land. Eine beträchtliche Anzahl von Haushalten verfüge bloss über eine Versorgung von weniger als 10 Mbit/s. «Schätzungsweise mehrere tausend Personen im Kanton Luzern erhalten sogar nicht einmal die gesetzlich garantierte Mindestversorgung von 3 Mbit/s.» Davon sei unter anderem die Landwirtschaft betroffen, die auf ein gut ausgebauten Breitband- und Mobilfunknetz zwingend angewiesen sei. «Diese Schlechterstellung des ländlichen Raums muss schnellstmöglich korrigiert werden.»

Regierungsrat soll aktiv werden

Wie Guido Roos unserer Zeitung auf Anfrage erklärte, erwartet er, dass sich der Regierungsrat dieses Themas annimmt. Entschieden werde zwar letztendlich in Bern, aber das sei kein Grund, dass Luzern nichts unternehme. Der Regierungsrat müsse wo immer möglich aktiv werden: beim Luzerner Bundeshaus-Lobbyisten, bei den beiden Ständeräten, bei der Swisscom und so weiter. [pd/kü.]

Parlament lehnt zwei Initiativen ab

Kanton Luzern: Januar-Session des Kantonsrats

Die beiden Volksinitiativen «Für eine sichere Gesundheitsversorgung» und «Für eine hohe Bildungsqualität» sind nach Einschätzung des Luzerner Kantonsrats überflüssig. Das Parlament lehnt die Begehren deswegen ab. Sie werden ohne Gegenvorschläge den Stimmberechtigten vorgelegt.

Die «Allianz für Lebensqualität» hatte 2016 im Zuge der Debatten um die Luzerner Finanzpolitik drei Volksbegehren eingereicht, eine zum Gesundheitswesen, eine zur Bildung und eine zum öffentlichen Verkehr. Diese Services publics würden durch die restriktive Finanzpolitik des Kantons gefährdet, begründete die Allianz, der linke Parteien, Personalverbände und soziale Organisationen angehören, ihre drei Volksinitiativen.

Im bürgerlich dominierten Kantonsrat erhielten die beiden Volksinitiativen, die am Montag behandelt wurden – nämlich die zum Gesundheitswesen und zur Bildung – aber nur geringe Unterstützung. Die Forderungen seien erfüllt, unnötig oder nicht finanzierbar.

Die Initiative «Für eine sichere Gesundheitsversorgung» scheiterte mit 93 zu 23 Stimmen. Sie verlangt vom Kanton eine flächendeckende Spital- und Notfallversorgung. Die Spitäler sollen Pflegepersonal ausbilden und einen vorgegebenen Personalschlüssel einhalten. Der Kanton soll den Spitalern gemeinschaftliche Leistungen abgeben und die Bedürfnisse der Landbevölkerung und verletzlicher Bevölkerungsgruppen berücksichtigen. Schliesslich sollen die Spitäler als öffentlich-rechtliche Anstalten im Eigentum des Kantons bleiben. Die Spitalstandorte sollen im Gesetz festgeschrieben werden.

«Gut gemeint»

Die Initiative sei gut gemeint, aber vollkommen realitätsfremd, sagte Regierungsrat Guido Graf. Das Parlament kam zum selben Schluss. Für Rä-

to Camenisch (SVP, Kriens) ist die Initiative nicht nur in weiten Teilen erfüllt, sondern teilweise gefährlich. So wolle sie dem Spital unnötige Korsette auferlegen. Hans Lipp (CVP, Flühl) sagte, das Kantonsspital müsse sich den Veränderungen im Spitalwesen stellen können und dürfe nicht behindert werden. Ralph Hess (GLP, Luzern) sagte, die Initiative bringe nicht den erhofften Mehrwert für die Patienten. Die Initiative gefährde eine flächendeckende Grundversorgung, sagte Angela Pfäffli (FDP, Grosswangen).

Yvonne Zemp (SP, Sursée) widersprach. Die Initiative wolle gerade die Grundversorgung und die Mitsprache der Bevölkerung sichern. Christina Reusser (Grüne, Ebikon) kritisierte, dass bei den gemeinwirtschaftlichen Leistungen in den letzten Jahren gespart worden sei. Die Initiative verhindere, dass das Luzerner Gesundheitssystem nicht veramerikanisiert werde, sagte David Roth (SP, Luzern).

Gegen Schulgelder

Die Initiative «Für eine hohe Bildungsqualität» wurde vom Kantonsrat mit 85 zu 23 Stimmen abgelehnt. Regierungsrat Reto Wyss sagte, Forderungen wie sie in der Initiative aufgestellt würden, gehörten nicht in die Kantonsverfassung.

Die Initiative verlangt etwa, dass Kanton und Gemeinden mit genügend Mitteln die Qualität der Bildung nachhaltig garantieren, dass auf der Sekundarstufe II keine Schulgelder erhoben werden und dass das Langzeitgymnasium erhalten bleibt. Lehrpersonen müssten über die notwendigen Diplome verfügen. Die Initiative helfe Sorge zu tragen zum Erreichten, sagte Josef Schuler (SP, Hitzkirch). Das Bildungswesen werde schleicht abgebaut, sagte Monique Frey (Grüne, Emmen).

Der Kanton verfüge bereits über ein breites und qualitativ hochwertiges Bildungsangebot, das Grundanliegen der Initiative sei erfüllt, lautete dagegen der Grundtenor im Kantonsrat. Auch auf die Finanzen wurde hingewiesen. Gaudenz Zemp (FDP, St. Niklausen) sagte etwa, eine linke Allianz wolle für sich mehr Lebensqualität und lasse die anderen zahlen. [sda/EA]

eindrücke aus dem Kantonsrat

Viel Geplauder mit wenig Mehrwert



... von Kantonsrat Guido Bucher, FDP, Flühl

Die Traktandenliste dieser Session liess erwarten, dass wir zügig durch diese kommen würden und eventuell einen halben Sessionstag einsparen könnten. Aber weit gefehlt. Am Montag blieben wir einigermaßen am Kurs. Bei den Sachgeschäften warfen nur die Trolleybusverlängerung und der Bushub in Ebikon höhere Wellen. Hier wurde fundiert und mit guten Argumenten dafür und dagegen gefeilscht. Die SVP rügte, dass diese beiden Geschäfte getrennt behandelt wurden. Dadurch sei eine Volksabstimmung umgangen worden. Einzelne Kantonsräte und die Regierung konnten aufzeigen, dass dies zwei unabhängige Geschäfte sind, obwohl die verlängerte Buslinie ein beschiedener Teil des neuen Bushubs ist. Mehr zu reden gab die Technik der Busverlängerung. Für die einen waren die aufzuhängenden Fahrleitungen eine veraltete Technik und sie forderten neue, batteriebetriebene Busse. Diese Technik ist allerdings noch nicht so weit, dass man sie flächendeckend und effizient einsetzen kann. Die Mehrheit des Rates folgte der Regierung und wollte das Geschäft nicht zurückstellen und auf neue Techniken warten. Die Region Luzern Ost mit der Mall of Switzerland braucht die neue ÖV-Verbindung jetzt und nicht erst in ein paar Jahren, ebenso braucht die Region den Bushub.

Im Rat kein Gehör fanden die beiden von der linken «Allianz für eine

bessere Lebensqualität» eingereichten Volksinitiativen «Für eine sichere Gesundheitsversorgung im ganzen Kanton Luzern» und «Für eine hohe Bildungsqualität im Kanton Luzern». Beide wurden klar abgelehnt.

Im Takt hin und her

Die Sachgeschäfte wurden aus meiner Sicht diszipliniert behandelt. Bei den persönlichen Vorstössen liess diese Disziplin dann zu wünschen übrig. Da war beispielsweise die Anfrage von SP-Präsident David Roth zum Exodis bei den Luzerner Firmen. Sage und schreibe drei Viertelstunden diskutierte das Parlament zu diesem Vorstoss. Es war ein Hin und Her von links nach rechts und wieder zurück. Man sparte nicht mit gegenseitigen Vorwürfen. Urban Frye von den Grünen warf der Regierung vor, «schlampig» gearbeitet zu haben. Das veranlasste Kantonsratspräsidentin Vroni Thalmann, die Parlamentarier an den nötigen Anstand zu erinnern. Sie musste übrigens auch immer wieder Voten abbrechen, weil sich der Redner oder die Rednerin nicht an die vorgegebene Zeit hielten. Regierungsrat Marcel Schwerzmann warf David Roth vor, er sei mit den Antworten nur nicht zufrieden, damit er «belen» könne. Das wiederum rief die Fraktionschefin der SP, Ylfete Fanaj, auf den Plan und sie ermahnte ihrerseits die Regierung zum respektvollen Umgang mit dem Parlament. Zum gleichen Thema hatten die einen jene Zahlen, die anderen wieder andere. Für alles, was in diesem Kanton scheinbar nicht klappt, ist immer wieder die Steuerstrategie schuld. So sehen es zumindest die Linken. Aber gerade diese Steuerstrategie wurde vom Volk mehr als

einmal mitgetragen. Also könnte man sich auch das Hick-Hack im Kantonsrat ersparen und des Volkes Auftrag erfüllen.

Unmut wegen anderthalb Franken

Dieser wurde offenbar auch nicht wunschgemäss erfüllt beim Versand der Rechnungen zur Motorfahrzeugsteuer, welche mit einer zusätzlichen Gebühr für Papierrechnungen von 1,50 Franken versehen war. Das Parlament hat diese Massnahme im Juni 2017 zusammen mit über hundert anderen beschlossen. Die gleichen Parlamentarier ernüberten sich jetzt über die Methoden des Strassenverkehrsamtes. Zahlreiche Telefonanrufe und E-Mails hätten sie aus der Bevölkerung erhalten, monierten sie. Ich konnte bis letzte Session nicht glauben, dass anderthalb Franken einen Volksaufstand auslösen können. Vor Jahren haben Banken mit diesen Gebühren begonnen, die Versicherungen und Krankenkassen folgten ihnen. Souverän reagierte SVP-Regierungsrat Paul Winiker. Er machte das einzig Richtige. Er streute Asche auf sein Haupt und entschuldigte sich bei allen Kundinnen und Kunden des Strassenverkehrsamtes für die schlechte Kommunikation. Rückgängig wird der Einzug dieses Betrages aber nicht gemacht.

Ja, die Session zog sich in die Länge und nichts wurde aus dem vorzeitigen Feierabend. Im März wurde bereits ein vorgesehener Sessionstag gestrichen. Hoffentlich passierte dies nicht zu voreilig.

In der EA-Rubrik «Eindrücke aus dem Kantonsrat» kommen die Gewählten aus dem Wahlkreis Entlebuch im Turnus zu Wort. Von der März-Session wird Bernhard Steiner (SVP, Entlebuch) berichten.

kurz gemeldet

Realkorporation Wolhusen-Markt wird Genossenschaft

Eine reine Formsache war am Montag im Luzerner Kantonsrat Traktandum Nummer 9: «Umwandlung der 18er Realkorporation Wolhusen-Markt in eine öffentlich-rechtliche Genossenschaft.» – Der Rat genehmigte das Geschäft mit 97 zu null Stimmen. Die Umwandlung ermöglicht eine schlankere Organisation und reduziert den Verwaltungsaufwand. Die Korporation zählt neun Bürgerinnen und Bürger; ihr gehören rund zwölf Hektaren Wald. Das Gesamtvermögen belief sich Ende 2016 auf rund 85 000 Franken. In der Vergangenheit konnte die Korporation ihren Finanzhaushalt nur noch knapp ausgeglichen gestalten; dies heisst es in der Botschaft des Regierungsrates ans Parlament. Mit der Zustimmung des Kantonsparlamentes wird nun der Schritt der Korporation selbst bestätigt; diese hatte im April 2017 der Umwandlung in die neue «18er Real-Korporationsgenossenschaft Wolhusen-Markt» zugestimmt. [kü.]

Postulat von Bernhard Steiner abgewiesen

In der Januar-Session hat der Kantonsrat ein Postulat von Bernhard Steiner (SVP, Entlebuch) mit 75 zu 23 Stimmen abgelehnt. Der Vorstoss verlangte vom Regierungsrat, die pädagogische Notwendigkeit und die finanziellen Auswirkungen der räumlichen Neuorganisation der Schulräume zu überprüfen und die kantonalen Vorgaben im Sinn der Sparmassnahmen anzupassen (der EA berichtete am 16. Januar). [kü.]

GLP zieht Initiative zur Energiezukunft zurück

Die Grünliberalen des Kantons Luzern ziehen ihre Initiative «Energiezukunft Luzern» zurück. Dies ge-

schieht zugunsten des vom Kantonsrat verabschiedeten neuen Energiegesetzes. Die Volksinitiative «Energiezukunft Luzern» wurde am 8. Oktober 2015 mit 4257 gültigen Unterschriften eingereicht. Das ursprüngliche Ziel der Initiative, dem Kanton Luzern zu einem neuen Energiegesetz zu verhelfen, wurde inzwischen erreicht.

Die Grünliberalen haben zudem die Parolen für die Abstimmungen vom 4. März gefasst. Mit 13 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung lehnen sie die No-Billag-Initiative ab. Die neue Finanzordnung 2021 wurde einstimmig angenommen. Ausserdem lehnt die GLP die kantonale Volksinitiative «Zahlbares Wohnen für alle» ab. [pd/EA]

Parolen der SP im Entlebuch für den 4. März

Die SP im Entlebuch empfiehlt, die kantonale Initiative «Zahlbares Wohnen für alle» anzunehmen. In vielen Regionen des Kantons Luzern herrsche weiterhin Wohnungsnot, insbesondere mangle es an bezahlbaren Wohnungen für Familien. Zu hohe Mietzinsen würden die Haushaltsbudgets belasten und der gemeinnützige Wohnbau stagniere vielerorts. Zudem liefen die Fördermassnahmen in den nächsten Jahren aus.

Zur «No-Billag-Initiative» empfiehlt die SP ein Nein. Sie sei eine Attacke auf den Service Public und auf den Zusammenhalt in unserem vielsprachigen Land. Aus demokratischer Sicht sei es unerlässlich, dass sachgerecht informiert werde und die Vielfalt der Ansichten angemessen zum Ausdruck gebracht werde.

Zum Bundesbeschluss über die neue Finanzordnung 2021 empfiehlt die SP im Entlebuch ein Ja: Ohne die direkte Bundessteuer und die Mehrwertsteuer könnte der Staat seine Aufgaben im bisherigen Umfang nicht mehr wahrnehmen. [pd/EA]

Fast 200 Millionen Franken Konzerngewinn

Kanton Luzern: Jahresergebnis 2017 der Luzerner Kantonalbank

Die Luzerner Kantonalbank AG (LUKB) hat im Geschäftsjahr 2017 ihren Konzerngewinn um 6,4 Prozent auf 198,4 Millionen Franken gesteigert. Der Verwaltungsrat beantragt der Generalversammlung eine Dividendenerhöhung um 50 Rappen auf zwölf Franken pro Aktie. Vom guten Ergebnis profitiert der Kanton mit insgesamt 76 Millionen Franken.

Bei den Kundenausleihungen der LUKB hat sich das Wachstum etwas abgeschwächt. Hier weist die Bank per Ende 2017 einen Ausleihungsbestand von 28,158 Milliarden Franken aus. Die Wertberichtigungen im Ausleihungsgeschäft sind gemäss der seit 2015 gültigen Rechnungslegung im Zinsengeschäft auszuweisen. Sie liegen für 2017 bei 11,3 Mio. Franken. Die Kundenvermögen belaufen sich auf 29,67 Milliarden Franken. Der Zuwachs im Jahr 2017 setzt sich aus 777 Millionen Franken Nettoneugeld und aus 734 Millionen Franken Performance zusammen.

Mehr Geschäftsaufwand

Beim Geschäftsaufwand der LUKB, der um 8,6 Prozent auf 234,6 Mio. Franken zunahm, zeigt sich ein uneinheitliches Bild: Während die Bank den Sachaufwand um 1,8 Prozent auf 63,1 Mio. Franken reduzieren konnte, trugen beim Personalaufwand primär Sonderfaktoren – unter anderem die Einmaleinlage in die LUKB-Pensionskasse und der Aufbau des Kompetenzzentrums für strukturierte Produkte – zur Steigerung um 13,6 Prozent auf 164,6 Mio. Franken bei. Per Ende Jahr 2017 zahlte die LUKB 988,4 Vollzeitstellen.

76 Millionen für den Kanton

Der LUKB-Verwaltungsrat beantragt am 16. April stattfindenden Generalversammlung, die Dividenden von 11,50 auf 12 Franken pro LUKB-Namensaktie zu erhöhen. Bei Annahme des Antrags erfolgt die

Gutschrift der Dividende am 20. April 2018. Mit dieser geplanten Ausschüttung, den kantonalen Staatsrenten sowie der Abgeltung der Staatsgarantie wird der Kanton Luzern als LUKB-Hauptaktionär über 76 Millionen Franken erhalten.

Viele Projekte am Laufen

In seiner Beurteilung des Jahres 2017 berichtete CEO Daniel Salzmann von einem intensivierten Wettbewerb im Ausleihungsgeschäft, von nach wie vor grossen Herausforderungen im Negativzinsumfeld und von einem erfreulichen Börsenjahr. 2017 wurde das Projekt für die digitale Verlängerung von Festhypotheken gestartet; dies soll den Kunden mehr Komfort und der Bank eine Effizienzsteigerung bringen. 2018 will die Bank die Emission von eigenen strukturierten Produkten starten. «Weiter arbeiten wir beim E-Banking an der Einführung einer App mit Belegscanner, der das Erfassen von Zahlungen vereinfacht, sowie an der Ablösung des aktuellen Identifizierungsverfahrens mittels SMS-Code», so Salzmann.

Neues Kundenhallen-Konzept

Die LUKB investiert auch in ihr Zweigstellennetz und wird gemäss Salzmann an den Pilot-Standorten Schüpheim (Sommer 2018) und Sempach (Ende 2018) ihr neues Kundenhallenkonzept einführen. Salzmann: «Unsere Niederlassungen werden in Zukunft für unsere Kunden attraktiver und innenarchitektonisch flexibler nutzbar sein. Wir sind überzeugt, dass sich Bankkunden auch in den nächsten Jahren hybrid verhalten werden, dass sie also sowohl den persönlichen Kontakt als auch den elektronischen Kanal im Verkehr mit der Bank nutzen.» [pd/EA]

Seit einem Jahr gibt es in Malters das Weltcafé

Malters: Am 25. Januar wurde gefeiert

Im Sigristenhaus der katholischen Kirchgemeinde können sich Asylsuchende, Flüchtlinge und Einheimische treffen. Am Donnerstag letzter Woche fand dort das Fest verschiedener Nationen statt.

Text und Bild Robi Thüring

Es begann genau vor einem Jahr, als zwei Frauen, Rita Carlin und Mary Birri, zusammen mit weiteren Freiwilligen Tische, Stühle, Lampen und Sofas heranschleppten, um ein Café für die Begegnung von Asylsuchenden

und Flüchtlingen sowie der einheimischen Bevölkerung zu eröffnen. – Aber das Ganze hatte eine Vorgeschichte: Vor anderthalb Jahren zogen im Haus Hinterwidematt in Malters 25 Asylsuchende aus Eritrea ein. Auf die Anfrage der Sozialvorsteherin Christina Buob um Mithilfe bei der Integration dieser Asylsuchenden stellten sich die beiden genannten Frauen sowie Ruedi Isenschmid, ehemaliger Staatsanwalt und Oberrichter, spontan zur Verfügung.

In einem Jahr viel geleistet

Diese Begleitgruppe für Asylsuchende begann zusammen mit vielen Freiwilligen Deutsch zu unterrichten, Freizeitschäftigungen anzubieten und gemeinnützige Arbeiten

verrichten zu lassen; alles Tätigkeiten, die für die Integration wichtig sind.

Daneben suchte man einen geeigneten Raum, um einen Begegnungsort zwischen Asylsuchenden und Flüchtlingen sowie der einheimischen Bevölkerung zu schaffen. Fündig wurde man bei der katholischen Kirchgemeinde, die das leerstehende Sigristenhaus auf Zusehen gratis für diesen Zweck zur Verfügung stellte.

Ein Jahr ist um, viele Vorhaben der Begleitgruppe sind angefallen, teils mit gutem Erfolg, teils noch etwas harzig. Aber man ist auf gutem Weg, die Integration zu fördern und Brücken zu den Einheimischen zu schlagen, was denn auch den freiwilligen Helferinnen und Helfern sichtlich Freude macht. Und gerade dies hat das Team zum Anlass genommen, das einjährige Bestehen des Weltcafés mit einem besonderen Anlass zu feiern.

Ein völkerverbindender Tag

So kamen am Donnerstag, 25. Januar, Eritreer und Gäste in Scharen ins Weltcafé und füllten die beiden Caféstuben bis auf den letzten Platz. Das Fest verschiedener Nationen schaffte Gelegenheit für Gespräche, Spiele, Gesang und natürlich für Diskussionen. Für beste Unterhaltung sorgten die «Tre Maestri», eine bekannte Musikergruppe aus Malters mit Peter Bachmann, Emil Frey und Seppi Aregger. Es war in jeder Hinsicht ein gelungenes, völkerverbindendes und fröhliches Fest. In seiner Festrede strich Ruedi Isenschmid hervor, dass man sich mit grossem Respekt begegne – «einfach von Mensch zu Mensch – auf gleicher Augenhöhe». Der grösste Traum, dass niemand mehr flüchten müsse, werde wohl leider nicht einfach so zur Realität. Umso wichtiger sei das Weltcafé, das die kulturelle Völkerverständigung wenigstens im Kleinen fördere. Es ist jeden Donnerstagnachmittag zwischen 13.30 und 17.00 Uhr offen für alle.



Gäste aus nah und fern im Weltcafé.

wort laut

Breitband, Breitbrand oder Brandband?

Der Wolhuser CVP-Kantonsrat Guido Roos hat ein Postulat «über eine Breitbandstrategie für den Kanton Luzern» eingereicht (siehe Beitrag Seite 4). Ziel ist es, dass die Leistung für Internet und Mobiltelefonie besser wird, vor allem auf dem Land. Über sechzig Kantonsratskolleginnen und -kollegen haben den Vorstoss unterzeichnet. In der zweiten Zeile dieses Dokuments ist dann allerdings von einer Breitbrandstrategie die Rede. Hatte da Roos die Feuerwehr im Hinterkopf oder will er den Regierungsrat zur Brandstiftung aufrufen?

Okay, ein Buchstabe zu viel kann jederzeit reinrutschen – das wissen auch wir als Zeitungsmacher nur zu gut. Doch irgendwie scheint da doch mehr dran zu sein. Denn: Roos und drei Mitstreiter stellten den Medien am Mittwochmorgen eine Mitteilung zu, in der sie ihren Vorstoss und ihre Forderung erläuterten. Und was verlangten sie diesmal? Eine Brandbandleistung von mindestens 10 Mbit/s.

Da kann Guido Roos nur hoffen, dass nichts anbrennt. Und wenn doch, dass dann dank neuer Breitbrandstrategie die Brandbandleistung so gut ist, dass er mit dem Handy wo auch immer Netz hat. [kü.]

aus gezeichnet

Andrea Jenni erhält Lehrdiplom Sekundarstufe 1

Andrea Jenni, Lustenberg 1, Entlebuch hat soeben ihre Ausbildung sehr erfolgreich abgeschlossen und ihr Lehrdiplom Sekundarstufe 1 empfangen dürfen. Nach der Matura an der Kantonschule Musegg hat sie sich die letzten viereinhalb Jahre dem Studium an der Pädagogischen Hochschule Luzern gewidmet. Sie hat die Fächer Englisch, Mathi, Musik und RZG (Räume, Zeiten und Gesellschaft) abgeschlossen und gehört zum ersten Studienband, der nach den Anforderungen des Lehrplans 21 ausgebildet wurde. Ihre Masterarbeit hat sie denn auch diesem Thema gewidmet: Lehrplan 21: Fachliche Veränderungen durch RZG-Bereich Geographie. Andrea hat bereits eine Lehrerinnenstellvertretung in Horw angetreten und freut

sich, nun vermehrt Zeit für ihr grosses Hobby, das Singen in zwei Chören, zu haben. Wir gratulieren der tüchtigen Lehrerin ganz herzlich zu ihrem tollen Erfolg und wünschen ihr weiterhin alles Gute. [abi]

Melanie Wespi schliesst Studium mit Höchstnote ab

Melanie Wespi aus Hasle hat im Januar ihr Studium an der Pädagogischen Hochschule Luzern mit der Höchstnote abgeschlossen und das Diplom «Master of Arts PH Luzern in Secondary Education» erhalten. Bevor sie im neuen Schuljahr eine Stelle als Sekundarlehrerin antreten wird, geht sie diesen Frühling auf Reisen. Wir gratulieren Melanie Wespi herzlich zum hervorragenden Abschluss und wünschen ihr für die Zukunft alles Gute. [zVg]